

Ein Jahr Mahama und NDC-Regierung in Ghana

Zwischen makroökonomischer Stabilisierung und ungelösten Strukturproblemen

Anna Lena Sabroso-Wasserfall

Das Jahr 2025 markierte einen politischen Wendepunkt in Ghana: Mit der Rückkehr von John Dramani Mahama in das Präsidentenamt im Januar 2025 übernahm ein erfahrener politischer Akteur erneut die Führung, der in der ghanaischen Politik sowohl für substanzelle Infrastrukturinvestitionen als auch für wirtschaftliche Turbulenzen steht. Ein Jahr später stellt sich nun die Frage: Wo steht Ghana heute? Welche Fortschritte hat die neue NDC-Regierung erzielt – und welche Herausforderungen bleiben bestehen?

Mahamas zweite Amtszeit begann unter schwierigen Rahmenbedingungen: hohe Inflation, eine schwache Landeswährung, Vertrauensverluste an den Finanzmärkten, internationaler Schuldendruck sowie spürbare Verschlechterungen der Lebensbedingungen. Viele Ghanäer verbanden mit dem Regierungswechsel vor allem zwei Erwartungen: eine schnelle makroökonomische Stabilisierung und eine Entlastung bei den Lebenserhaltungskosten. Zudem rückten zwei Wahlversprechen besonders in den Fokus: Erstens die Eindämmung des illegalen Goldabbaus („Galamsey“) und der damit verbundenen Umweltzerstörung sowie zweitens die Schaffung von Arbeitsplätzen, insbesondere für junge Menschen – unter anderem durch die sogenannte „24 hour economy“. Der vorliegende Bericht analysiert die bisherigen Entwicklungen in diesen zentralen Politikfeldern.

Wirtschaftliche Stabilisierung als oberste Priorität

Angesichts der angespannten Wirtschaftslage setzte die Mahama-Regierung unmittelbar nach Amtsantritt klar auf makroökonomische Stabilisierung. Statt auf neue Subventionen oder expansive Ausgabenpolitik zu setzen, verfolgte sie einen Kurs fiskalischer Konsolidierung: restriktivere Haushaltspolitik, reduzierte staatliche Kreditaufnahme und enge Abstimmung mit der Zentralbank. Der sichtbarste Erfolg dieser Strategie ist die Stabilisierung der Landeswährung Cedi, die nach dramatischen Wertverlusten in den Vorjahren im Verlauf des Jahres 2025 eine deutliche Erholung zeigte. Für ein stark importabhängiges Land wie Ghana bedeutet dies spürbare Entlastungen, insbesondere bei alltäglichen Gütern wie Lebensmitteln, Medikamenten, Elektronik und Treibstoffen.

Ein weiterer wirtschaftspolitischer Schwerpunkt war außerdem die stärkere Rolle des Staates im Goldsektor durch die staatliche Institution GoldBod. Ziel dieser Reform ist es, den bislang fragmentierten, teils informellen Goldhandel stärker zu regulieren, Transparenz zu erhöhen, staatliche Einnahmen zu steigern und illegale Goldabflüsse einzudämmen. GoldBod erhielt 2025 erweiterte Kompetenzen, etwa in der Registrierung von Goldhändlern, der Lizenzvergabe, im Goldeinkauf und beim Export. Dieser Kurs hat spürbar positive Effekte: Staatliche Einnahmen aus dem Goldsektor stiegen und informelle Exporte wurden teilweise zurückgedrängt. Die höheren Devisenzuflüsse trugen spürbar zur Stärkung des Cedi bei. Gleichzeitig bleibt die Reform ambivalent. Kritiker warnen vor Überregulierung, Bürokratisierung und neuen Korruptionsrisiken innerhalb staatlicher Strukturen. Zudem ist

offen, inwieweit GoldBod die tief verwurzelten informellen Netzwerke langfristig verdrängen kann. Auch die starke Abhängigkeit Ghanas von den Weltmarktpreisen für Rohstoffe wie Gold und fehlende lokale Wertschöpfung im Land bleiben bestehen. Ob aus diesem Ansatz also langfristig Effizienz, Transparenz und fiskalische Stabilität entstehen, wird sich erst mittelfristig zeigen.

„Galamsey“: ein ungelöstes Problem mit großer Tragweite

Dass sich Ghanas Goldreserven für das Land generell als ambivalent erweisen, zeigt sich vor allem beim Thema „Galamsey“, dem illegalen Kleinst-Bergbau. Kaum ein Thema dominiert die innenpolitische Debatte der letzten Jahre so stark wie die weitverzweigte informelle Bergbauökonomie, in der lokale Akteure, politische Netzwerke, traditionelle Autoritäten und transnationale Strukturen eng miteinander verflochten sind und profitieren – auf Kosten der lokalen Gemeinden, deren Gesundheit und der Umwelt. Galamsey bietet Einkommen in strukturschwachen Regionen, zerstört jedoch massiv Umwelt und Lebensgrundlagen. 2025 nahmen Berichte über kontaminierte Lebensmittel, Quecksilberbelastung und drastische Verschlechterungen der Wasserqualität deutlich zu – und damit der öffentliche Druck auf die Regierung.

Im ersten Regierungsjahr bleibt Galamsey jedoch einer der größten Schwachpunkte der Mahama-Administration. Trotz einzelner Räumungsaktionen, Lizenzprüfungen und Abschiebungen ausländischer Beteiligter – insbesondere chinesischer Staatsbürger – fehlt bislang eine strategisch kohärente, langfristig Strategie. Sicherheitspolitische Beobachter sprechen zunehmend von organisierter Kriminalität, die staatliche Strukturen nicht nur herausfordert, sondern teilweise unterwandert. Einzelne politische Akteure – sowohl aus Regierung und Opposition – werden u.a. in den Medien beschuldigt, von Galamsey zu profitieren, was das Thema weiter politisiert. Das Defizit der Regierung im Kampf gegen Galamsey liegt dabei weniger an fehlendem politischen Willen, sondern in der Komplexität des Problems. Galamsey berührt Bergbaurecht, traditionelle Herrschafts- und Landbesitzstrukturen, lokale Arbeitsmärkte, nationale Sicherheitsinteressen und internationale Rohstoffketten zugleich. Es handelt sich daher nicht um ein kurzfristig lösbares Vollzugsproblem, sondern um ein strukturpolitisches Langzeitproblem.

Arbeitsplätze und die 24-Stunden-Wirtschaft: ambitionierte Ankündigungen, begrenzte Sichtbarkeit

Die 24-Stunden-Wirtschaft zählte zu den zentralen und bewusst ambitionierten Wahlversprechen Mahamas – ein wirtschaftspolitisches Konzept, das durch Schichtarbeit, verlängerte Betriebszeiten und gezielte staatliche Anreize eine rund-um-die-Uhr-Produktion und Dienstleistungserbringung fördern soll, um Arbeitsplätze zu schaffen, Produktivität zu steigern und das Wirtschaftswachstum anzukurbeln. Bis jetzt lassen sich allerdings kaum belastbare Hinweise auf eine flächendeckende oder systematische Umsetzung erkennen. Zwar verweist die Regierung weiterhin auf die 24-Stunden-Wirtschaft als einen der zentralen Bestandteile ihrer wirtschaftspolitischen Gesamtstrategie, konkrete Programme, sektorale Pilotprojekte oder messbare Beschäftigungseffekte bleiben aber unklar. Entsprechend wird die 24-Stunden-Wirtschaft in der öffentlichen Debatte zu einem der Gradmesser für die Leistungsfähigkeit der neuen Regierung. Kritiker werfen ihr vor, bisher vor allem politische Erwartungen zu bedienen, ohne diese durch nachvollziehbare Ergebnisse zu unterfüttern. Gleichzeitig betonen Regierungsvertreter, dass nachhaltige Umsetzung erst unter makroökonomischer Stabilität realistisch sei. Bisher lässt sich also noch nicht mit Sicherheit

sagen, ob es sich bei der 24-Stunden-Wirtschaft um ein langfristig angelegtes Reformprojekt oder primär um ein politisches Leitmotiv handelt. Auch die Gesamtentwicklung auf dem Arbeitsmarkt bleibt umstritten. Mahama übernahm eine Wirtschaft mit hoher Jugendarbeitslosigkeit. Vertreter der Opposition stellen jedoch infrage, ob es der neuen Regierung bislang gelungen ist, substanzelle Fortschritte bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze zu erzielen. Konkrete Zahlen zu neu geschaffenen Stellen fehlen derzeit weitgehend.

Wie stellt sich die Opposition auf?

Neben der Regierungsarbeit lohnt es sich, auch einen Blick auf die Aktivitäten der sich nun in der Opposition befindlichen NPP im letzten Jahr zu werfen. Nach der deutlichen Niederlage 2024 befindet sich die NPP in einem Prozess der Neuorientierung. Intern wurden vor allem wirtschaftspolitische Fehler und eine wachsende Entfremdung v.a. jüngerer Wähler diskutiert. Daraus resultierten erste institutionelle Reformen – unter anderem eine Verbreiterung der Delegiertenbasis bei parteiinternen Wahlen. Ein besonders sichtbares Element der strategischen Neuaufstellung war die außergewöhnlich frühe Wahl des Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen 2028. Die parteiinternen Vorwahlen fanden bereits am 31. Januar 2026 statt – nahezu drei Jahre vor den nächsten General Elections. Aus den Vorwahlen ging der ehemalige Vizepräsident und frühere Präsidentschaftskandidat Mahamudu Bawumia als klarer Sieger hervor. Die NPP erhofft sich davon innerparteiliche Geschlossenheit, eine längere Phase der programmatischen Profilierung, eine klare Abgrenzung zu vergangenen Regierungsjahren sowie die Rückgewinnung junger und enttäuschter Wählerschichten. Ob diese strategische Neuaufstellung ausreicht, wird sich zeigen müssen und wird wesentlich davon abhängen, wie konsequent Reformen umgesetzt und mit inhaltlicher Erneuerung verbunden werden.

Stabilisierung erreicht – Reformtiefe bleibt zu beobachten

Ein Jahr nach dem Regierungswechsel lässt sich für Ghana insgesamt eine vorsichtig positive Zwischenbilanz ziehen. Die NDC-Regierung unter Präsident Mahama hat es im ersten Amtsjahr geschafft, die schwierigste Phase der wirtschaftlichen Krise einzudämmen. Die makroökonomische Stabilisierung – insbesondere die Senkung der Inflationsrate und die Stärkung des Cedi – stellt einen realen und für die Bevölkerung spürbaren Erfolg dar. Sie bildet eine notwendige Grundlage für weitere politische Gestaltung, ersetzt jedoch keine tiefgreifenden strukturellen Reformen. Ob die bislang eingeleiteten Maßnahmen – etwa im Bereich der fiskalischen Konsolidierung, der stärkeren staatlichen Steuerung zentraler Einnahmequellen oder der institutionellen Neuausrichtung – tatsächlich in nachhaltige Reformen münden, lässt sich derzeit noch nicht sicher beurteilen. Erste Schritte weisen in eine bestimmte Richtung, ihre Wirksamkeit und politische Verbindlichkeit werden sich jedoch erst im weiteren Verlauf der Amtszeit erweisen. Entscheidend wird sein, ob die Regierung diese Ansätze konsequent weiterverfolgt, vertieft und auf bislang nur begrenzt adressierte Politikfelder ausweitet.

Gleichzeitig zeigt sich, dass die Regierungsarbeit im ersten Jahr auf eine vergleichsweise breite Zustimmung in der Bevölkerung stößt. Eine aktuelle Studie der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ghana, deren Veröffentlichung für Mitte März geplant ist, zeigt relativ hohe Zufriedenheitswerte mit der Arbeit der Regierung im vergangenen Jahr auf. Dies deutet darauf hin, dass die wirtschaftliche Beruhigung, aber auch der insgesamt konsolidierende Regierungsstil von großen Teilen der Bevölkerung positiv wahrgenommen werden. Dass

nach einem Jahr Regierungszeit noch nicht alle Reformen angestoßen und zentrale Strukturprobleme nicht vollständig adressiert sind, ist dabei kaum überraschend. Politische Transformationen dieser Tragweite benötigen Zeit, institutionelle Stabilität und gesellschaftliche Akzeptanz. Vor diesem Hintergrund fällt die Zwischenbilanz differenziert, insgesamt jedoch positiv aus. Dass die genannten Themen auch in Zukunft den politischen Diskurs dominieren und Gradmesser des Erfolgs der Regierung sein werden, macht eine jüngst veröffentlichte Studie des Institute of Economic Affairs (IEA) deutlich: darin wurden als dringlichste nationale Herausforderungen Arbeitslosigkeit (46%) und Galamsey (30%) genannt.¹

Über den unmittelbaren Regierungskontext hinaus unterstreicht Ghana seine Rolle als demokratischer Stabilitätsanker in Westafrika. Die freien und fairen Wahlen im Dezember 2024, der friedliche Machtwechsel sowie das funktionierende Spannungsverhältnis zwischen Regierung und Opposition im vergangenen Jahr zeigen, dass demokratische Verfahren und politische Konkurrenz im Land weiterhin fest verankert sind.

Zur Autorin:

Anna Lena Sabroso-Wasserfall ist seit Oktober 2024 Leiterin des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ghana; davor war sie sechs Jahre lang zuständige Referentin für das westliche Afrika in der Stiftungszentrale in Berlin.

¹ [Glassey emerges as Ghana's second biggest concern, 30% of citizens say – IEA survey – Yokomine](#)

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Dr. Susanne Conrad

Referentin für Recht/Sicherheit Subsahara-Afrika und für das anglophone Westafrika

Europäische und Internationale Zusammenarbeit

www.kas.de

susanne.conrad@kas.de



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)